

sponsibility. In: *The Academy of Management Perspectives*, 22, 3, 87-108.

Wöhl, Stefanie 2013: „Occupy Wall Street“. Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation. In: de Nève, Dorothee/Olteanu, Tina (Hg.): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: B. Budrich, 225-279.

Article by an MPIfG researcher

Colin Crouch: *Neue Formen der Partizipation: Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie*. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29(3), 143-153 (2016). De Gruyter

The original publication is available at the publisher's web site: <http://dx.doi.org/10.1515/fjsb-2016-0233>

Neue Formen der Partizipation

Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie¹

Colin Crouch

Nach der Finanzkrise von 2008 und der ihr folgenden Eurokrise fragten sich viele Beobachter, ob daraus nicht eine Krise des neoliberalen Modells des Kapitalismus selbst hervorgehen würde. Schließlich definierte (und definiert) dieses Modell im Kern die Vorgänge, die die Finanzkrise hervorgebracht haben. In vielen hochentwickelten Ländern erlebte zumindest ein Teil der Menschen einen für sie fast beispiellosen Absturz des Lebensstandards. Wie würden sie reagieren?

Die alten Parteien der formellen Demokratie taten sich mit einer Reaktion schwer, waren sie doch fast alle in die neoliberale Wende der vergangenen Jahrzehnte verwickelt. Weder die älteren Linksparteien noch die Grünen konnten Vorteile aus dieser Krise des Kapitalismus ziehen – sehr wohl aber Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien sowie (bis zu einem gewissen Grad) Die Linke in Deutschland. Gleichzeitig sprach das Aufkommen von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen (auf beiden Seiten des Atlantiks), die gegen das Verhalten der Banken oder die wachsende wirtschaftliche bzw. soziale Ungleichheit protestierten, für eine ausgeprägte Unzufriedenheit unter den Menschen. Zumeist verstanden sich diese Bewegungen dezidiert als außerparlamentarisch. Ihre Mitglieder strebten nicht nach politischen Ämtern; es handelte sich vielmehr um Zusammenschlüsse besorgter Privatpersonen – ein Zeugnis der anhaltenden Kraft der Zivilgesellschaft. Man kann sie am ehesten mit gemeinwohlorientierten Organisationen

vergleichen, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind, oder auch mit den Bewegungen des „Arabischen Frühlings“.

Viele von diesen Initiativen sind nach wie vor sehr aktiv. Das Schicksal des „Arabischen Frühlings“ gemahnt uns jedoch, dass solche Bewegungen kurzlebig sein können. Auch bleibt die Teilnahme oft auf bestimmte Personengruppen beschränkt: junge Leute, Intellektuelle, Kulturschaffende. Zu echten Massenbewegungen wurden diese Initiativen nicht – im Gegensatz zu den fremdenfeindlichen, rechtspopulistischen Gruppen, die in den meisten europäischen Ländern kurz darauf enormen Zulauf verzeichneten.

Gibt es Zusammenhänge zwischen diesen Phänomenen und der Krise des Kapitalismus? Und was sagen sie über Demokratie und Zivilgesellschaft aus? Dies sind die Hauptfragen, denen ich in diesem Beitrag nachgehen möchte. Um sie beantworten zu können, müssen wir zunächst das problematische Verhältnis von Kapitalismus, Demokratie und Zivilgesellschaft in den Blick nehmen, wie es uns in der aktuellen Politik begegnet.

1 | Demokratie, Kapitalismus und der Raum der Zivilgesellschaft

Ein zentrales Zitat aus der aktuellen Politik über das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie stellen folgende Worte der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel dar: „Wir leben ja in einer Demokratie und sind

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“⁴²

Es ist zu konstatieren, dass Frau Merkel nicht von einer „marktkonformen Demokratie“ sprach, auch wenn man ihr dieses „Unwort“ anschließend zuschrieb. Etwas Ähnliches war geschehen, als die damalige britische Premierministerin Margaret Thatcher gesagt hatte: „There is no such thing as society“ – ein berüchtigtes Unwort in Großbritannien. Frau Thatcher hatte dies tatsächlich genauso gesagt, wenn auch in einem spezifischen Kontext. Während eines Radiointerviews hatte man ihr die Frage gestellt, ob Leute Hilfe von „der Gesellschaft“ erwarten könnten. Und Frau Thatcher hatte geantwortet: „There is no such thing as society. There is living tapestry of men and women and people and the beauty of that tapestry and the quality of our lives will depend upon how much each of us is prepared to take responsibility for ourselves and each of us prepared to turn round and help by our own efforts those who are unfortunate.“⁴³

In beiden Fällen könnte man die Bemerkungen auf eine ganz unschuldige Weise verstehen. Vielleicht wollte Frau Thatcher nur sagen, dass man die Gesellschaft nicht als monolithische Einheit betrachten solle, dass es *die* Gesellschaft *an sich* gar nicht geben könne. Stattdessen hätten wir es mit einer „rich tapestry“ zu tun – im Deutschen würde man wohl von einem komplexen Mosaik sprechen, dessen verschiedene Bestandteile weitgehend unabhängig voneinander agieren und daher auch separat thematisiert werden sollten. Womöglich wollte Frau Thatcher also lediglich den Raum der Zivilgesellschaft und ihr Verhältnis zum Staat genau definieren.

In ähnlicher Weise könnte man annehmen, dass die Bundeskanzlerin nur sagen wollte, dass ein Parlament keine Haushaltspläne machen solle, die es nur mittels einer immer höheren Staatsverschuldung finanzieren kann. Es ist

gewiss nicht demokratisch, den Wählern vorzugaukeln, dass sie öffentliche Dienstleistungen und soziale Unterstützung in Anspruch nehmen können, ohne dass sie Steuern bezahlen. Die Institutionen der Demokratie benötigen Mechanismen, die ihre Integrität gewährleisten, auch gegenüber ihren eigenen Repräsentanten. Diese Argumentation folgt direkt aus der Idee des Rechtsstaats, und man kann sie durchaus auch zugunsten der Unabhängigkeit der Notenbanken, des Schutzes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor politischer Einmischung und der Autonomie etwa der statistischen Ämter benutzen. Mechanismen, die das Gemeinwohl vor Manipulationen seitens der Politik schützen, stärken die Demokratie im Sinne der Zivilgesellschaft – und nicht nur im Sinne der betroffenen staatlichen Institutionen.⁴

Vielleicht stießen die Bemerkungen von Frau Merkel und Frau Thatcher ja auf eine solch starke öffentliche Resonanz, weil aus ihnen, zwischen den Zeilen, eine grundsätzliche Einstellung sprach: Dass letztlich nur die Märkte wichtig seien und andere Lebensbereiche sich an ihnen orientieren sollten. Es ist bedauerlich, dass man in politischen Debatten heutzutage zu glauben scheint, die Gesellschaft sei (nur) von zwei gegensätzlichen Kräften geprägt: von Markt und Staat. Ebenso bedauerlich ist es, dass man überzeugt davon zu sein scheint, Markt und Staat stünden in einem Nullsummenverhältnis: Je mehr Markt, desto weniger Staat, und umgekehrt. Beide Postulate sind falsch. Erstens gibt es viel mehr gesellschaftliche Institutionen als nur Markt und Staat. Und zweitens sind Markt und Staat einander häufig große Stützen.

Ohne Frage wollte Frau Thatcher sagen, dass es neben den staatlichen noch viele andere Institutionen gibt, und sie beschrieb Verantwortlichkeiten, die mit dem Markt ebenfalls nichts zu tun haben. Sie sprach also von der Zivilgesellschaft. De facto aber näherte sich ihre Regierung politischen Fragen allzu oft eben doch, als stünden sich mit Staat und Markt zwei große Kräfte gegenüber. Andere gesellschaftliche Institutionen, etwa die Familie, verortete sie auf der Seite des Marktes, ohne

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

dass man hier Spannungen entdecken konnte (oder wollte). Die Thatcher-Regierung war der Auffassung, dass es ein Nullsummenverhältnis zwischen dem Staat und allen anderen Institutionen gebe, nicht aber zwischen dem Markt und den anderen Institutionen. Diese Einstellung hatte großen Einfluss auf spätere neoliberale Regierungen. Mit der Ausnahme einiger religiöser Organisationen konnte man so die Zivilgesellschaft, insbesondere wohltätige Einrichtungen, einfach ignorieren.

Ein Hauptmerkmal des „Thatcherismus“ ist die Privatisierung öffentlicher Aufgaben: Zwar lässt man Angebote sowohl von privaten Unternehmen als auch von staatlichen Trägern zu, aber Erstere erweisen sich natürlich fast immer als deutlich konkurrenzfähiger. Im Kontext der Privatisierung sollten wir daher eher von einzelnen Unternehmen sprechen als vom Markt als Ganzem. Normalerweise haben wir es mit Beziehungen zwischen einer kleinen Gruppe von bevorzugten Firmen und einigen nationalen bzw. kommunalen Behörden zu tun. Letztere gelten den Firmen als Kunden – während die eigentlichen Empfänger der bereitgestellten Dienste nur als Benutzer fungieren. Dies ist nicht der Markt der Wirtschaftstheorie, an dem sich eine Vielzahl von Anbietern und Nachfragenden beteiligt. Markt und Gesellschaft werden auf diese Weise jeweils falsch verstanden. Denn nicht alles in der Wirtschaft ist ein Markt im engeren Sinne; und nicht alles in der Gesellschaft gehört zum Markt.

Die Worte der Bundeskanzlerin kann man ähnlich analysieren. Sie hat eben nicht nur gesagt, dass die öffentlichen Finanzen in einem marktkonformen Gleichgewicht stehen müssten und dass man für das, was man in Anspruch nimmt, auch bezahlen müsse. Sie sprach über die Märkte im Plural, was zumeist die Finanzmärkte meint. Diesen sprach Frau Merkel mit dem Wort der Marktkonformität das Recht zu, staatliche Haushaltspläne mitzubestimmen. Doch sprach sie tatsächlich vom Recht der Märkte oder von ihrer Macht? Muss man gar sagen, dass Macht Recht macht? Leben wir nicht in Zeiten marktkonformer Demokratie, sondern *macht*konformer Demokratie?

Markt und Macht gleichzusetzen wäre natürlich ein Kurzschluss. Hierzu zwei Beobachtungen: Zum einen sind die Märkte des heutigen – anglo-amerikanisch dominierten, globalen, deregulierten – Finanzsystems durch extrem kurzfristige Zeithorizonte gekennzeichnet und sehr spekulativ. Die Kapitalanleger haben nur die eigene Kapitalmaximierung im Sinn und nehmen in Kauf, dass ihr Spiel mit dem Risiko mitunter zu großer Instabilität aufseiten von Firmen, sogar von ganzen Staaten führt. Ganz im Sinne der Chaostheorie können hier kleinste Bewegungen enorme Folgen haben. Ursache des Chaos sind in diesem Fall jedoch nicht die willkürlichen Flügelschläge von Schmetterlingen in Brasilien oder Australien (wie in Edward Lorenz' berühmtem Beispiel), sondern absichtsvolle, wenn auch verantwortungslose Handlungen menschlicher Akteure. Viele Firmen aus anderen Wirtschaftsbereichen klagen bitterlich über die Kurzfristigkeit der Finanzmärkte, die oftmals den Erfolg eigener langfristiger Projekte gefährdet. Dasselbe gilt für Regierungen: Die Schaffung einer neuen fiskalischen Architektur für die Europäische Union etwa ist ein solches großes Projekt, das Zeit und ruhige, gewissenhafte Planung braucht.

Die spekulativen Märkte jedoch machen häufig geradezu panisches Eingreifen notwendig – und aus Panik entsteht selten Gutes. Das einzige Argument zugunsten der Macht der Märkte und der „Marktkonformität“ der Politik, dass sie nämlich langfristig dem Gemeinwohl dienen, wird so ad absurdum geführt. Wenn die Struktur eines Marktes Panik und Chaos verursacht, ohne dass die Verursacher mit Sanktionen rechnen müssen, haben wir es zweifellos mit einem schweren Fehler innerhalb des Marktsystems zu tun. Wenn die Auswirkungen dieses Fehlverhaltens Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen schaden, kommt es zu einer Wirtschaftskrise; wenn sie die Regierungsfähigkeit von Staaten einschränken, zu einer Krise der Demokratie. Wenn die Demokratie schon marktkonform sein muss, dann sollten die Finanzmärkte auch demokratiekonform bzw. einer *good gover-*

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

nance förderlich sein. Davon sind wir jedoch leider weit entfernt.

Zweitens: Was bedeutet eine marktkonforme Demokratie, in der die spekulativen Finanzmärkte sozusagen vetoberechtigt sind, für die politischen Rechte anderer gesellschaftlicher Akteure? Die politische Klasse würde die Partizipation der Bürger am liebsten auf die etablierten, institutionalisierten Wege beschränken: Wir sollen wählen und das Wahlergebnis dann stoisch akzeptieren. Proteste, Demonstrationen und andere Artikulationsformen, die die Arbeit der demokratisch gewählten Politiker herausfordern, sind nicht wohlgefallen. Diese Art der Partizipation, so heißt es, besäße keine demokratische Legitimation, drohe gar die soziale Ordnung zu zerstören. Eben dies lässt sich jedoch auch über die spekulativen Finanzmärkte sagen: Auch ihnen mangelt es an demokratischer Legitimation; auch sie können die soziale Ordnung zerstören. Etwa wenn sie, wie vor kurzem im Griechenland, das Alltagsleben ins Chaos stürzen. Banker und Finanzmanager nutzen ihre beträchtliche Macht schamlos zugunsten der eigenen Interessen aus. Macht macht Recht. Wenn die zivilen Protestbewegungen nun aber über eine ähnlich große Macht verfügten und glaubhaft mit Chaos drohten, würden die Regierungen dann auch ihnen endlich zuhören? Vielleicht. Denn genau das wollen die Politiker unter allen Umständen vermeiden. Deshalb sollten sie von uns auch nicht fordern, dass wir die Macht der Märkte und der Konzerne ohne Widerstand und Ruf nach Reformen hinnehmen.

Weitaus weniger dramatisch gestalten sich die tatsächlich praktizierten Formen der Partizipation in den westlichen Demokratien. Immer mehr Bürger nutzen neue Wege, um ihre Unzufriedenheit mit der offenkundigen Ohnmacht der formellen Politik angesichts der Macht der Wirtschaft kundzutun. Und das ist nicht unbedingt ein neues Phänomen. Bereits während der 1960er Jahre diskutierte man ähnliche Fragen; man denke nur an den Slogan der Pariser Protestbewegung von 1968: „Nous participons. Vous participez. Ils décident.“ Diese Fragen erlebten in den 1980er Jahren

mit dem Erfolg der Grünen eine Renaissance – und heute erneut. Stets geht es um neue Formen der politischen Partizipation jenseits der Parteiendemokratie.

Sie sind aber nicht neu. Alternative Formen der Politik, die in einem Spannungsverhältnis zu – und im Dialog mit – der offiziellen Politik der Parteien und Wahlen stehen, waren und sind immer verfügbar. Sie kommen uns neu vor, weil sich entsprechende Bewegungen oft als sehr kurzlebig erweisen. Da sie häufig ereignisgebunden sind und formelle, bürokratisierte Aktionsformen vermeiden wollen, fällt es ihnen schwer, die Phase der spontanen Unmutsbekundung zu überleben. So werden immer wieder neue Initiativen geboren und sterben alsbald. Zumeist handelt es sich um Wiedergänger früherer Inkarnationen – aber die allgemeinen Themen und der allgemeine Charakter von Protestbewegungen dauern an.

Warum aber engagieren sich (vor allem junge) Menschen lieber in Protestbewegungen als im Rahmen der amtlichen Parteiendemokratie? Dies sind wohl die am häufigsten vorgebrachten Argumente:

- Die internen Prozesse von Parteien seien langatmig und würden von einem Führungspersonal kontrolliert, das ruhige und passive Mitglieder gegenüber „Unruhestiftern“ bevorzugt.
- Der Einfluss externer „Player“, nicht zuletzt der Finanzmärkte, auf staatliche Institutionen sei inzwischen so groß, dass es ohnehin kaum noch einen Unterschied mache, welche Partei an der Regierung sei.
- Da Parteien sich in allen Politikbereichen profilieren müssten, seien ihre Mitglieder – die sich womöglich nur oder hauptsächlich für ein bestimmtes Thema interessieren – gezwungen, auch Positionen zu vertreten, mit denen sie sich gar nicht identifizieren.

Die Kritikpunkte an Protestbewegungen aus dem Parteien-Lager sind ebenfalls hinlänglich bekannt:

- Wenn die jungen Leute sich von den Parteien abwendeten, schwäche das die Demokratie.
- Bewegungen, die sich sogenannten „single-

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

Heruntergeladen am | 09.10.17 14:55

issue causes“ verschrieben haben, mangel es an Weitsicht.

- Die unprofessionelle Organisation solcher Initiativen mache sie für die Übernahme durch Hardliner anfällig und bedrohe ihr Fortbestehen.

Hierauf ließe sich seitens der neuen Bewegungen wiederum entgegen, dass die formelle, an die nationale Ebene gebundene Parteiendemokratie sich als unfähig erwiesen hat, gegenüber der übernational agierenden Privatwirtschaft zu bestehen. Wie die aktuellen Probleme der Europäischen Union zeigen, klammern sich Nationalstaaten allzu gern an ihre jeweiligen nationalen Agenden und tun sich sehr schwer damit, transnationale Perspektiven einzunehmen. Den neuen Bewegungen fällt es aufgrund ihrer informellen und flexiblen Organisation wesentlich leichter, auf der internationalen Ebene zu agieren. Paradoxerweise ähneln sie in diesem Punkt den globalen Konzernen, von denen die Politik immer stärker fremdbestimmt zu werden scheint.

In vielen Ländern – besonders in den Vereinigten Staaten – sind die Parteien inzwischen komplett von der finanziellen Unterstützung durch die Privatwirtschaft abhängig. Und selbst wenn das nicht der Fall ist, müssen Regierungen und große Parteien immer auf der Hut davor sein, die globalen Konzerne mit ihrer Politik zu verstimmen – anderenfalls könnten diese ja beschließen, künftig lieber in anderen Ländern zu investieren. Transnationale Protestbewegungen sind nicht auf diese Weise erpressbar. Trotz ihrer oben skizzierten eigenen Schwächen leisten sie einen wichtigen Beitrag, nicht zuletzt, indem sie den Finger in die Wunde der etablierten Politik legen und deren Ohnmacht gegenüber den Machenschaften der globalen Finanzwirtschaft anprangern.

Noch eine interessante Entwicklung ist zu konstatieren: Viele Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich eigentlich gar nicht primär als politisch oder als Protestgruppen definieren – z. B. Kirchen oder Naturschutzorganisationen – sehen ihr Kerngeschäft durch die zunehmende Macht der Konzerne bedroht



und greifen immer öfter zu ungewöhnlichen Mitteln. Ihr Problem ist, dass der Einfluss der Wirtschaft sich inzwischen auch auf Lebensbereiche erstreckt, die zuvor außerhalb ihrer Reichweite zu liegen schienen. Solch ein offenkundiger „Clash“ mag bei jenen, die Markt und Zivilgesellschaft als Verbündete gegenüber dem Staat empfinden, einen Schock auslösen. Was erneut verdeutlicht, dass man den Markt nicht mit der (Zivil-)Gesellschaft oder aber mit der Macht einzelner Konzerne gleichsetzen sollte. Der Markt an sich ist kein Akteur, sondern eine öffentliche Institution – und als solche auch nicht von einzelnen Akteuren kontrollierbar. Für spezielle Marktformen – wie die Börse – mag anderes gelten, aber der Markt der wirtschaftlichen Theorie ist allgemein und unabhängig. Insofern meinte Angela Merkel wohl auch, dass die Demokratie mit dem Markt, nicht aber mit „den Märkten“ konform sein müsse.

Als öffentliche Institution ist der Markt eigentlich jenseits des politischen Diskurses zu verorten. Die Politik hält jedoch auf zweierlei Wegen Einzug in diese vermeintlich apolitische Sphäre: Erstens können große Unternehmen durchaus auch politisch agieren. Wenn sie das tun, lassen sie den Status eines reinen Marktakteurs hinter sich. Zur politischen Welt der Parteien, Wahlen usw. haben sie so zwar keinen (direkten) Zugang, sehr wohl aber zur Zivilgesellschaft, die außerhalb des Markts und außerhalb der amtlichen Politik existiert. Zweitens haben die Staatsbürger das Recht, ihre Unzufriedenheit mit den Lösungen des Markts zu äußern – weil der Markt durch die politischen Aktivitäten der großen Unternehmen korrumpiert ist, aber auch weil er nicht alle menschliche Bedürfnisse befriedigen kann. Vom Standpunkt der liberalen Demokratie aus betrachtet ist es eine Aufgabe der formellen Parteiendemokratie, ihren Staatsbürgern zu ermöglichen, Kritik am Marktgeschehen zu äußern und auf ihren Werten zu insistieren.

Was aber können die Staatsbürger gegen die politische Einflussnahme von Konzernen und die Ohnmacht der Politik unternehmen? Müssen sie sich auf formelle Wege

beschränken, während die Firmen allerlei Formen des Lobbyings benutzen? Dazu zwei Überlegungen:

- Wie wir in der Folge der Finanzkrise in Athen, London, Madrid, New York und anderswo gesehen haben, setzen massive Proteste die politischen bzw. wirtschaftlichen Eliten erheblich unter Druck, da sie um den sozialen Frieden fürchten. Insofern diese Eliten eine gewaltsame Repression der Proteste als undemokratisch ablehnen, sind sie gezwungen politisch einzulenken, also z. B. eine strengere Regulierung der globalen Finanzmärkte, eine Abmilderung der Austeritätsmaßnahmen gegenüber Griechenland und Italien oder eine Rückbesinnung auf das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit (das während der Krise sträflich vernachlässigt wurde) in Aussicht zu stellen.
- Selbst wenn eine solche Appeasement-Politik gelingt, müssen die große Parteien befürchten, dass sich die jungen Generationen von ihnen ab- und alternativen Formen der Partizipation zuwenden (bzw. diesen über den Höhepunkt der Krise hinaus verbunden bleiben). Zum anderen droht man es sich auf diese Weise mit der mächtigen Privatwirtschaft zu verscherzen.

Protestbewegungen und Bürgerinitiativen waren bisher wenig erfolgreich. Immerhin aber haben sie Fragen nach der Macht der großen Konzerne und der gesellschaftlichen Ungleichheit wiederbelebt. So sehen sich heute Konzerne in der Pflicht, direkt mit ihren zivilgesellschaftlichen Kritikern z. B. über Umweltthemen zu diskutieren – Stichwort *corporate responsibility*. Solche Dialoge haben neue politische Räume jenseits der Parlamente eröffnet. Postdemokratische Tendenzen (vgl. Crouch 2008) haben so, paradoxerweise, zu einem positiven Ergebnis geführt: Angesichts der Unfähigkeit der formellen Politik, die Sorgen vieler Staatsbürger über die Entwicklung des modernen Kapitalismus zu zerstreuen, ist die Zivilgesellschaft weiter erstarkt. Margaret Thatchers „rich tapestry“ wird endlich Wirklichkeit (ob ihr das tatsächlich gefallen

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

hätte, steht auf einem anderen Blatt). Für die jungen Menschen des 21. Jahrhunderts ist die althergebrachte Parteienbürokratie unattraktiv geworden; sie organisieren ihre Leben im Wesentlichen ganz informell. Das soll keineswegs bedeuten, dass sie sich nicht für ernste politische Fragen interessieren. Jedoch tragen sie ihre politischen Gefechte auf andere Art aus – in neuen Bewegungen, auf Social-Media-Plattformen etc. Am Ende dieses Prozesses könnte ein „Update“ des gesamten politischen Lebens stehen.

Ob das freilich genügt, um den wachsenden politischen Einfluss der Wirtschaft zu stoppen, ist fraglich. Von den Initiativen, die nach der Finanzkrise entstanden (wie der „Occupy“-Bewegung mit ihrem Slogan „We are the 99 percent“), hört man jedenfalls kaum noch etwas. Das war erwartbar, ist typisch für spontane Bewegungen dieser Art. Nachdenklicher stimmt, dass sie selbst auf dem Höhepunkt ihrer Popularität keine echten Massenbewegungen waren. Sie blieben auf die üblichen Verdächtigen beschränkt: Intellektuelle, Studenten, Kulturschaffende. Arbeiter hingegen beteiligten sich kaum an ihnen – obwohl sie doch unter der Finanzkrise und den Austeritätsmaßnahmen am meisten zu leiden hatten.

2 | Das Problem der politischen Massenmobilisierung

Dass an sich unpolitische Menschen – Niedrig- und Durchschnittsverdiener mit geringer sozialer Absicherung und oftmals schwierigen Lebensumständen – sich politisch engagieren und gegen die Machenschaften mächtiger Akteure protestieren, ist keine Selbstverständlichkeit. Man sollte daher keine Massenbewegungen mit Millionen von Teilnehmern erwarten, wenn es um Fragen der Ökonomie und Demokratie geht. Doch wie wurden Arbeiter und die untere Mittelschicht überhaupt zu aktiven Staatsbürgern? Und warum haben rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien einen deutlich stärkeren Zulauf als z. B. linke Kapitalismuskritiker?

Zwischen 1945 und ca. Mitte der 1980er Jahre war es ganz normal, dass mehr als 90% der Wahlberechtigten in nationalen Wahlen ihre Stimme abgaben – zumindest in Europa (bei allen nationalen Unterschieden). In den Vereinten Staaten war die Wahlbeteiligung von jeher deutlich geringer. Seither ist vielerorts ein Einbruch zu verzeichnen (vgl. Fogg 2004). Woran liegt das? Die Erklärung kann nicht lauten, dass frühere Generationen gebildeter gewesen wären oder mehr Zeit für die Ausübung ihrer Bürgerpflicht gehabt hätten – tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Es geht um etwas Anderes: An sich unpolitische Menschen werden sich immer dann entscheiden, an politischen Prozessen zu partizipieren, wenn ganz konkrete Auswirkungen auf ihr eigenes Leben zu erwarten sind. Das war z. B. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts so, als es große Debatten über die Ausweitung des Wahlrechts gab. Fragen von Inklusion und Exklusion (auf Basis sozialer, wirtschaftlicher oder religiöser Faktoren) stärkten vorhandene Identitäten und brachten oftmals auch neue, politische Identitäten hervor. Sie mobilisierten sowohl jene, die ausgeschlossen waren und nach Inklusion strebten, als auch jene, die auf ihren Privilegien beharrten. Um eine politische Identität zu entwickeln, brauchte es vor allem die Identifikation mit einer Partei, von der man glaubte, dass sie die Interessen der eigenen Gruppe vertrat.

In einer berühmten Studie untersuchten Matthew et al. (1976), warum gerade die Liberal Party, die sich so lange dafür starkgemacht hatte, so wenig davon profitieren konnte, als es nach dem Ersten Weltkrieg endlich zu einer Ausweitung des Wahlrechts in Großbritannien kam. Ab den 1930er Jahren verschwanden die Liberalen – die Partei Gladstones und Asquiths – nahezu in der Bedeutungslosigkeit; die Gewinner waren die Konservativen, die gegen das allgemeine Wahlrecht gekämpft hatten, und die erst im Jahre 1900 gegründete Labour Party. Matthew et al. erklären dies mit der gescheiterten Identitätspolitik der Liberalen, die zu dieser Zeit nur noch eine kleine Minderheit, vor allem Intellektuelle, ansprach. Labour

hingegen wurde immer mehr zur Klassenpartei der Arbeiterschaft und die Tories appellierten erfolgreich an eine gesamtbritische sowie religiöse Identität – unter ausdrücklicher Exklusion der vielen irisch-katholischen Einwanderer.

Heute ist alles anders. Manche behaupten, dass die Wähler schlichtweg kein Vertrauen mehr in die politische Klasse haben. Das mag sein, aber die Ursachen für die aktuelle Politikverdrossenheit liegen tiefer. Zunächst ist da das traurige Paradox der Demokratie: Das allgemeine Wahlrecht hat der politischen Exklusion aufgrund sozialer Identitäten ein Ende bereitet – und gleichzeitig auch der Bedeutung der meisten dieser Identitäten selbst und der Notwendigkeit, für politische Gleichberechtigung zu streiten. Die Demokratie hat sich so gewissermaßen selbst einer wichtigen Grundlage entledigt – ein unvermeidbarer Prozess. Noch hält die familiäre Sozialisation langfristige Parteibindungen teilweise am Leben, aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch dies endgültig der Vergangenheit angehören wird.

Dieser Prozess wurde und wird durch den tiefgreifenden Wandel in der sozialen Struktur befördert. Immer weniger Menschen arbeiten in der Industrie, geschweige denn der Landwirtschaft. Der traditionelle Mittelstand, politisch einst durchaus mächtig, siecht ebenfalls dahin. Stattdessen arbeiten die Leute heute mehrheitlich im Dienstleistungs- oder Informationssektor, d. h. in Berufen ohne politische Traditionen und Identitäten. Die Religion hat als vormals identitätsstiftende Kraft ein ganz ähnliches Schicksal erlitten: Europa erscheint heute fast komplett säkular (während in den USA Religion seit Längerem wieder politisiert wird).

Vielleicht befinden wir uns ja mitten in einem Übergang von alten zu neuen Identitätstypen? Von Klasse und Konfession zu sexueller und kultureller Orientierung? Wahrscheinlicher ist es, dass wir in ein Stadium der postmodernen Gesellschaft eingetreten sind, in dem *keinerlei* Identitäten mehr Macht genug besitzen, um uns politisch zu definieren. Die heutige Gesellschaft ist nicht nur postindustriell, postdemokratisch und postmodern, son-

dern auch postidentitär. Das mag uns seltsam vorkommen, weil doch so viele zeitgenössische Diskurse sich gerade mit Identitäten befassen. Die Identitäten, die uns noch interessieren, sind aber nur jene mit politischen Implikationen; hier spielen Debatten über Inklusion und Exklusion durchaus noch eine Rolle, wenn auch in Zeiten des allgemeinen Wahlrechts deutlich weniger Menschen davon betroffen sind.

Eine wichtige Ausnahme bildet die Frage nach der Gleichstellung von Frauen. Diese ist auch heute noch nicht in allen demokratischen Ländern lückenlos verwirklicht; fast alle wichtigen Institutionen sind jedoch bestrebt, die verbleibenden sozialen, politischen und ökonomischen Benachteiligungen auszuräumen. Erstaunlicherweise war der Kampf für die Gleichberechtigung von Frauen kaum jemals Motivation für die Gründung (erfolgreicher) neuer Parteien. Stattdessen waren lange Zeit und vielerorts christliche Parteien mit Parolen erfolgreich (auch bei Wählerinnen), welche die Exklusion von Frauen aus gewissen Lebensbereichen und Ämtern rechtfertigten, ja die traditionelle Rolle der Frau verkärten – die katholische Kirche tut dies nach wie vor, steht damit aber ziemlich allein da. Ähnliches gilt für andere von der vermeintlichen Norm abweichende Identitäten, für Homosexuelle, Behinderte oder manch Angehörige ethnischer Minderheiten. Alle diese Gruppen streben mit einigem Erfolg nach Gleichheit – paradoxerweise gerade in Gesellschaften, die ökonomisch immer stärker durch Ungleichheit geprägt sind. Es scheint geradezu, als ob Regierungen, Parteien und die Wirtschaft von potentiellen ökonomischen Konflikten ablenken wollten. Ihr Ziel ist eine friedliche Gesellschaft ohne soziale Gräben und Konflikte, in der die Eliten – die Institutionen der formellen Demokratie ebenso wie die Konzerne – unbehelligt agieren können. Eben die Postdemokratie.

Eine tiefgreifende soziale Identität hat jedoch überlebt, die zudem fast schon per definitionem auch eine politische ist: die Zugehörigkeit zu einer Nation, teilweise auch die zu einer Ethnizität oder Rasse. Fast alle Politiker machen sich diese Identität zunutze;

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

schließlich sind sie selbst als Stellvertreter einer Nation definiert und legitimiert. (Wobei die Lage mitunter komplizierter ist – man denke an plurinationale Staaten wie Großbritannien oder an Staaten, die nur Teile einer Nation umfassen, wie die BRD vor 1990.) Bis 1945 war es in Europa gang und gäbe, dem Nationalismus weitgehend freien Lauf zu lassen; zwei Weltkriege waren die Folge. Nach dem Zweiten Weltkrieg besann man sich darauf, den Nationalstolz nur noch für friedliche Zwecke zu nutzen – moderat und ohne Aggressionen gegenüber den Nachbarnationen. Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten gediehen und Migranten wurden mit offenen Armen empfangen, wenn auch zu meist nur als sogenannte Gastarbeiter. Nach und nach wurden viele europäische Länder so zu multikulturellen Gesellschaften. Rechte Politiker, die gegen eine solche „Verdünnung“ der Nation kämpften, gab es immer, aber diese vertraten lange Zeit nur eine kleine Minderheit und wurden vom politischen Establishment erfolgreich kleingehalten. Erneute Konflikte über Exklusionsfragen waren unerwünscht und man bemühte sich, die De-facto-Exklusion der Migranten und ethnischen Minderheiten von gewissen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozessen mittels neuer Gesetze, etwa zur Staatsbürgerschaft, zu beheben.

Unter der Oberfläche aber hielten die Spannungen an, um sich im Gefolge der Finanzkrise erneut Bahn zu brechen. Die einheimische Bevölkerung bekundete nun zunehmend ihre Unzufriedenheit mit den Folgen der Globalisierung, beklagte Chaos und Unsicherheit. Manche Menschen glaubten, dass die Migranten ihnen „ihre“ Arbeitsplätze wegnähmen, dass sie die nationale Kultur bedrohten. Die Massen von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten verstärkten solche Ängste, vom islamistischen Terrorismus ganz zu schweigen. All diese Ereignisse wurden als zutiefst bedrohlich für die Souveränität der Nation empfunden. Und war der Nationalismus lange Zeit ein ruhender Vulkan geblieben, brachte ihn diese Unzufriedenheit erneut zum Ausbruch. Er füllte das Vakuum, das Klasse und Religion als ehemals

relevante Instanzen politischer Identitätsstiftung hinterlassen hatten.

Auch eine Kritik an den Banken und den neoliberalen politischen und wirtschaftlichen Eliten stößt in diesem Kontext auf breite Unterstützung. Klagen über die Korruptheit der Eliten finden sich im rhetorischen Repertoire sämtlicher Rechtspopulisten: Die Eliten hätten die „kleinen Leute“ verraten, heißt es, indem sie die Globalisierung unkritisch hinnahmen, ja vorantrieben; sie hätten die internationalen Banken besser behandelt als das eigene Volk; sie hätten große Wellen von Einwanderern und Flüchtlingen aufgenommen, um die ökonomische Situation ihres eigenen Volks zu untergraben; sie hätten die Entstehung eines Multikulturalismus zugelassen, der die Nation bedrohe. Alle Protagonisten fremdenfeindlicher, nationalistischer Bewegungen – vom Trump in den USA über Wilders in den Niederländern bis zu Strache und Hofer in Österreich – verbinden ihre Angriffe gegen Migranten mit Angriffen gegen die nationalen Eliten, denen eine Mitschuld am Siegeszug des Neoliberalismus und der Globalisierung angelastet wird. Selbst jene, die zunächst ganz ohne fremdenfeindliche Agenda nur die Eliten angingen – wie das Movimento 5 Stelle in Italien – entdeckten irgendwann, dass die Hetze gegen Einwanderer und Flüchtlinge einfach erfolgsträchtiger ist. Dasselbe gilt für Parteien wie UKIP in Großbritannien oder die Alternative für Deutschland, die als Kritiker der Europäischen Union angefangen hatten, sich dann aber Angriffen gegen Migranten und den Islam zuwendeten.

Dass derartige Rhetorik seitens einer Bevölkerung, für welche außer der Nation kaum eine soziale/politische Identität übrig geblieben ist, großen Beifall erfährt, sollte uns nicht verwundern. Weder Bürgerinitiativen noch etablierte Parteien können den Zorn der Menschen auf eine so wirkungsvolle Weise bündeln. Doch Kritik an den mächtigen Eliten erfordert wenig Mut, wenn sie auf einer so soliden Identität wie der Nation basiert. Man solidarisiert sich nicht mit einer Gruppe schwacher „Outlaws“, sondern mit dem „inneren Kern“, man definiert sich mittels Exklusionsmechanismen.

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet

Stellen der neue Nationalismus und die Fremdenfeindlichkeit eines Teils der Bevölkerung womöglich sogar eine echte Antwort auf das Problem der Postdemokratie, auf die Entfremdung der Politik unter den Bedingungen der Postmoderne dar? Kaum. Ein Streben nach nationalen Alleingängen (die logische Folge des Rechtspopulismus) ist im Prinzip ein legitimes politisches Ziel – allerdings erscheint eine Welt voller voneinander isolierter Staaten und nationaler Wirtschaften wohl den wenigsten erstrebenswert. Dies wäre auch eine gefährliche Welt, wie ein Blick nach Nordkorea nahelegt. Ethnische Minderheiten und Migranten sind nicht die Ursache der Probleme der Globalisierung; sie sind, mehr als alle anderen, ihre Opfer. Anderes zu behaupten, käme einer Lüge gleich – einer Lüge, derer sich bereits der Nationalsozialismus und Faschismus bedienten. Und Lügen, die für die meisten Menschen schwer als solche zu durchschauen sind, tragen nichts zur Demokratie bei. Im Gegenteil: Erfolgreiche Lügen bedrohen die Demokratie. Deshalb können die neuen Formen von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit nur sehr begrenzt als Zeichen einer Erneuerung der Demokratie gedeutet werden.

3 | Schluss

In der globalisierten Postdemokratie wird die Politik durch drei Akteursgruppen bestimmt: 1. die neoliberalen internationalen Eliten, 2. die nationalistischen Rechtspopulisten und ihre Anhänger sowie 3. die Protagonisten eines größeren zivilgesellschaftlichen Raums, in dem die Verhältnisse zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft angegangen werden können. Wie aber verhalten sich diese drei Gruppen zueinander?

1. Auch wenn sie über vielfältige Verbindungen mit Politikern auf der nationalen Ebene verfügen und daher großen Einfluss auf verschiedene Länder nehmen können, bleiben die internationalen (Finanz-)Eliten (vgl. Reich 1991) doch stets außerhalb des Rahmens der jeweiligen nationalen Zivilgesellschaft. Zwar nutzen sie die Diskursräume der Zivilgesellschaft,

um Sympathie für ihre Projekte zu erzeugen, aber ihre politische Macht ist keineswegs von der Zivilgesellschaft abhängig. Der Nationalismus ist für sie eine echte Bedrohung, weil sie als übernationale „Player“ eine Welt ohne Grenzen bevorzugen.

2. Die neuen nationalistischen Bewegungen und jene Menschen, die durch ihre Rhetorik zu politischer Partizipation verführt werden, haben ein sehr ambivalentes Verhältnis zur Zivilgesellschaft. Sie kritisieren das antidemokratische Verhalten der internationalen Eliten und fordern, dass die Politik sich wieder stärker an den Interessen der Bevölkerung orientiert – was im Sinne der Zivilgesellschaft zu sein scheint. Andererseits stehen sie für eine Welt voller Exklusionen, was den Idealen der Zivilgesellschaft komplett zuwiderläuft.

3. Jene, die am vernünftigen Diskurs der Zivilgesellschaft teilnehmen und sich davon Lösungen für die aktuellen Probleme der Demokratie versprechen, sind sowohl kritisch gegenüber den internationalen Eliten, deren Macht in ihren Augen die Zivilgesellschaft schwächt, als auch gegenüber dem Rechtspopulismus, weil sie Exklusion prinzipiell ablehnen.

Die Zivilgesellschaft der Aufklärung war ein Projekt einer kleinen gebildeten Elite; die Mehrheit der Menschen hat sie zunächst gar nicht tangiert. Ihre Ausweitung während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert ist besonderen historischen Umständen zu verdanken. Nach den beiden Weltkriegen lagen die großen Konflikte um Inklusion und Exklusion (auf Basis politisierter sozialer Identitäten) auf Eis. Die Erfahrungen von Gewalt und Krieg führten zu Kompromissen und einer Zivilisierung der Gesellschaft. Unschwerwiegend aber blieben die alten Konflikte bestehen und dienen nun erneut an sich unpolitischen Menschen als Stimulus für politische Partizipation. Das Gleichgewicht einer Massenzivilgesellschaft ist sehr heikel: Zu starke politische Emotionen bergen erhebliches Gewaltpotential in sich; sind sie zu schwach, drohen Langeweile und Apathie.

Was können die Protagonisten der Zivilgesellschaft tun, um ein neues Gleichgewicht zu schaffen? Die meisten Menschen sind von den

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsfindung

Angemeldet

von Rechtspopulisten geschürten Konflikten kaum direkt betroffen. Und dennoch scheint auch sie die globalisierte Postdemokratie zu entfremden. Wie viele unter ihnen werden in den Parolen des neuen Nationalismus einen Ausweg aus dieser Entfremdung sehen? Und wie viele können mit dem Konzept der Zivilgesellschaft noch etwas anfangen?

Colin Crouch ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er ist Professor Emeritus für Governance und Public Management an der University of Warwick sowie Non-Resident Fellow am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Kontakt: colincrouch@me.com

Anmerkungen

- ¹ Der erste Teil dieses Aufsatzes basiert auf dem Manuskript meines Eröffnungsvortrags beim Bundeskongress Politische Bildung am 21. Mai 2012 im Berliner Friedrichstadt-Palast. Die deutschsprachige Erstfassung des Manuskripts wurde von Björn Bosserhoff korrigiert und überarbeitet.
- ² Pressestatement anlässlich des Staatsbesuchs des portugiesischen Ministerpräsidenten

Pedro Passos Coelho am 1.9.2011 (bundesregierung.de).

- ³ Zitiert nach der Website der Margaret Thatcher Foundation (margarethatcher.org).
- ⁴ Daher kann man auch nicht behaupten, dass der europäische Fiskalpakt ein Beispiel für die Postdemokratie sei (vgl. Crouch 2008), denn solche Maßnahmen schützen mitunter die Demokratie vor sich selbst bzw. vor ihren eigenen Repräsentanten. (Wobei ich hier allgemein Bemühungen zugunsten eines langfristigen fiskalischen Gleichgewichts meine. Die konkreten Folgen des europäischen Fiskalpakts auf einzelne Regierungen waren oft eher schädlich.)

Literatur

- Crouch, Colin* 2008: Postdemokratie. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fogg, Karen* 2004: Voter Turnout in Western Europe. Stockholm: International Institute for Democracy and Electoral Assistance.
- Matthew, H.C.G./McKibbin, Ross/Kay, John* 1976: The Franchise Factor in the Rise of the Labour Party. In: English Historical Review, Jg. 91, Heft 361, 723-752.
- Reich, Robert* 1991: The Work of Nations. New York: Knopf.

Prosumismus und Protest

Eine Polemik

Kai-Uwe Hellmann

1 | Woran erkennt man Prosumenten?

1956 veröffentlichte Jürgen Habermas eine Art Pamphlet, in dem er sich strikt dagegen aussprach, Kultur und Konsum seien miteinander vereinbar: Während Kultur Anstrengung, Askese und Sammlung erfordere, begnüge sich Konsum mit Entlastung, Lust und Zerstreung.

Es handele sich somit um zwei diametral entgegengesetzte Erfahrungsbereiche, Kulturkonsum wäre demnach ein Unding (Habermas 1956). Eine derart überzeichnete Karikatur gesteht Konsumenten kaum mehr zu, als primär passiv, unkreativ und selbstgenügsam zu sein, ganz so wie es schon Horkheimer/Adorno vorgemacht hatten: der Konsument als Idiot und Schmarot-

Bereitgestellt von | MPI fuer Gesellschaftsforschung

Angemeldet